

Redebeitrag

Plenum, 30.05.2016

Dok. 125 (2015-2016) Nr.1– Neufassung der Geschäftsordnung des Parlaments der DG
-Michael Balter-

-Es gilt das gesprochene Wort-

Meine Damen und Herren,

Die Geschäftsordnung des Parlaments.

Ein Begriff der von ordnen kommt,
Es handelt sich um Grundregeln –
Sie soll den Ablauf hier im Parlament regeln –

Eine Geschäftsordnung sollte neutral sein,
sie darf nicht wertend sein gegenüber politischen Meinungen,
jedes Parlamentsmitglied sollte die gleichen Rechte habe,
damit die Grundvoraussetzungen in einer parlamentarischen Demokratie
gegeben sind:
Die Kontrolle der Regierung durch das Parlament.
Und das Verabschieden und Erarbeiten von Dekreten.

Wir alle wissen, dass die parlamentarische Demokratie
schwer leidet unter einer zu starken Einflussnahme der Regierungen, bzw. der EU und den
Lobbyisten in Brüssel.

Die Bürger erkennen dies mehr und mehr und wenden sich von der klassischen Politik ab.

Meine Damen und Herren,

ein SPD-Bundestagsabgeordneter, Herr Marco Bülow, hat dies einmal treffend in einem
Buch zusammengefasst, mit dem markanten Titel: „Wir Abnicker“ –

Das Buch beginnt mit der Frage, wie viel Einfluss ein Abgeordneter überhaupt noch hat.
Er deckt auf, wie Abgeordnete zu vorgegebenen Entscheidungen gedrängt werden, wie
mächtige Lobbyisten Abstimmungen immer stärker beeinflussen und wie die Medien Politik
machen.

Sein Insiderbericht zeugt von einer handfesten Krise der parlamentarischen Demokratie, welche EU weit alle Parlamente durchzieht.

Er ruft zum Widerstand auf und sagt, dass Politiker mutiger werden müssen und die Macht in die Mitte des Parlaments zurückholen.

Ganz am Ende stellt er sich die Frage:

»Wozu sind Regierungsfractionen denn noch gut: Zum Abnicken und Jasagen?«

Ein Buch welches man jedem Parlamentsmitglied aber insbesondere den Mehrheitsmitgliedern nur empfehlen kann.

Meine Damen und Herren,

erinnern sie sich als die Landtagspräsidentin des NRW Landtages, Frau Gödecke hier im Hause erwähnte, was sie in ihrer Antrittsrede als Landtagspräsidentin gesagt hatte: „Zu aller erst das Parlament.“

Eine mutige und richtige Aussage.

Und somit sollte die Geschäftsordnung eine Basis, der Zusammenarbeit, der Möglichkeiten und Handlungsmechanismen der Parlamentarier bilden.

In zahlreichen Sitzungen haben wir uns im Ausschuss I, dann ausführlich mit der alten Geschäftsordnung auseinandergesetzt.

Es gab natürlich einige Knackpunkte, so wollte die Mehrheit die Redezeiten der Fraktionen neu regeln.

Denn ein positives Element der alten Geschäftsordnung war, dass alle Fraktionen über die gleiche Redezeit verfügen.

Die Verwaltung wurde beauftragt hier alternativ Modelle auszuarbeiten, welche dies so abändern würden, dass kleine Fraktionen über weniger Redezeit verfügen sollten.

Das gleiche galt für die Anzahl der einzureichenden Fragen und Interpellationen der Abgeordneten.

Auch hier wollte man diese begrenzen.

Am Ende sah die Mehrheit davon ab.

Und beschränkte sich was die Anzahl der mündlichen Fragen und Interpellationen angeht, auf eine „kann“ Version.

Das bedeutet, dass das erweiterte Präsidium die Anzahl Fragen, die eine Fraktion bzw. ein Abgeordneter im Laufe einer Sitzungsperiode stellen darf, begrenzen kann.

Ein Mehrheitsmitglied begründete dies damit, es könnte ja mal zu einer Situation kommen wo dies ausufert.

Und hier stelle ich Ihnen eine Frage:

Für wen machen wir denn hier die Geschäftsordnung, für die Abgeordneten, für das Parlament oder für die Regierung?

Als ich dies in der Diskussion einwarf, zeigte sich u.a. Herr Lambertz empört. Und erwiderte sinngemäß: Für die ganze DG machen wird dies.

Und es könnte nicht sein, dass Abgeordnete, Regierungsmitglieder mit zahlreichen Fragen bedrängen würden und diese dann eine erhebliche Mehrarbeit hätten.

Wenn wir uns die nüchternen Zahlen anschauen, dann stellen wir fest, dass die Anzahl der Fragen und Interpellationen effektiv in den letzten Jahren angestiegen ist.

Aber dies ist ja auch logisch und war teilweise gewollt.

Denn durch die zusätzlichen Kontrollausschüsse haben wir einfach mehr Möglichkeiten Fragen zu stellen.

Und war dies nicht die Absicht bei der Reform der Parlamentsarbeit?

Wenn ich mich an die damalige Diskussion erinnere, dann wurde dies doch von allen Beteiligten lobend hervorgerufen.

Jetzt, plötzlich nachdem die Abgeordneten ihrer Aufgabe nachkommen, dies zu monieren, und von einem rasanten Anstieg zu sprechen, ja Herr Lambertz sprach sogar von einem exponentiellen Anstieg, ist widersprüchlich.

Und zeigt, dass der Geist der Neutralität, welche eine Geschäftsordnung innehaben sollte, nicht im Vordergrund steht.

Eigentlich schade.

Wie heißt es so treffend im Volksmund:

„Dumme Fragen gibt es nicht, dumm ist nur wer nicht fragt.“

Meine Damen und Herren,

die Geschäftsordnung des Parlamentes darf nichts mit Auseinandersetzungen zwischen Opposition und Mehrheit zu tun haben.

Und eine Geschäftsordnung darf auch nicht für den einen oder gegen den anderen sein, eine Geschäftsordnung muss neutral sein und neutral bleiben. Das Blatt kann sich bekanntlich auch mal wenden.

Wie schnell jedoch diese Grundregeln überschritten werden, haben wir am eigenen Leibe erlebt als man im Jahre 2009, als erste Amtshandlung des damaligen Präsidenten Siquet, in einer Präsidiumssitzung, unter Ausschluss der Öffentlichkeit, die Mittel für die Vivant Fraktion gestrichen hat.

Meine Damen und Herren,

viele von Ihnen kennen diese unrühmliche Geschichte
Wenn einem etwas nicht passt, dann ändert man einfach die Spielregeln während dem Spiel.

Die damalige Untat der Mehrheit hat verdeutlicht, welcher Geist dieses Haus manchmal durchzieht.

Auch bleibt man in der neuen Version dabei, dass eine anerkannte Fraktion aus drei Mitgliedern bestehen muss.

Nirgends sonst in Belgien, benötigt eine Partei fast 12 Prozent der Stimmen um Fraktionsstatus zu erreichen, so wie hier in der DG.

Eine Geschäftsordnung sollte gerecht sein, ordnen und keine Hürden schaffen.

Ja, dies steht im Einklang mit einigen Bereichen der neuen Version.
In anderen Bereichen jedoch nicht.

Auch wenn wir mit vielen Punkten in der neuen Version einverstanden sind, zeigt das Dokument doch, dass nicht alles im Geiste der Neutralität festgehalten wurde.

So unter anderem die erwähnte „KANN“-Version bei dem Artikel der Fragen der Parlamentarier.

Wir werden den Abänderungsvorschlägen der CSP-Fraktion hierzu zustimmen.

Beim Gesamtdokument werden wir uns enthalten.